AUS DEN VERBÄNDEN

Gemeinsam: Pflegekammern und Berufsverbände

Auf eine Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen im Gesundheitswesen verständigten sich die Teilnehmenden eines ersten Arbeitstreffens der rheinland-pfälzischen Landespflegekammer, der beiden Pflegekammern in Gründung aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie des Deutschen Pflegerats samt seiner Mitgliedsverbände. Ziel sei, die Autonomie der Pflegenden zu stärken und die Profession effektiver voranzubringen. Große Einigkeit bestand weiter darin, dass die mehr als berechtigten Forderungen der Berufsgruppe der professionell Pflegenden gezielt an die Entscheidungsträger in der Politik herangetragen werden müssen. Vor allem im Bundestagswahljahr sollen die zu verbessernden Rahmenbedingungen in der Pflege in den Fokus der Öffentlichkeit und insbesondere der politischen Entscheidungsträger gestellt werden.

Die Probleme, mit denen sich die Pflegenden seit Langem konfrontiert sehen, sind vielfältig und reichen von einer hohen Überlastung, über unangemessene Entlohnung bis hin zu nicht ausreichender Unterstützung in eigenen gesundheitlichen Fragen. Ein weiteres wichtiges Anliegen in der Diskussionsrunde war die Realisierung der generalistischen Pflegeausbildung mit Schwerpunktsetzung. Ein Scheitern der Reform würde eine irreparable Schädigung der Entwicklung der gesamten Berufsgruppe und vor allem eine gravierende Verschlechterung im Bereich der Versorgung in der Altenpflege bedeuten, warnen die Experten der Kammern und Berufsverbände.

www.pflegekammer-rlp.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.heilberufe.de

Untersuchung

Wenig systematische Maßnahmen gegen Stress

Der psychische Druck ist in vielen Betrieben hoch. Das liegt auch an einer dünnen Personaldecke. Arbeitnehmervertreter konstatieren als Folge eine Zunahme gesundheitlicher Probleme, zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Doch an konkreten Programmen gegen Stress fehle es vielerorts – besonders in kleineren Firmen.

Dabei komme die Zunahme des Arbeitsdrucks nicht von ungefähr: In jedem zweiten Betrieb gab es in den zwölf Monaten vor der Befragung der WSI-Wissenschaftler Umstrukturierungen. Was den Druck auf Beschäftigte zusätzlich erhöhe, seien die neuen Techniken der „Leistungssteuerung“: Zielvereinbarungen und Vertrauensarbeitszeit statt Stechuhr vergrößern zwar den Spielraum für Selbstbestimmung und Selbstorganisation, aber sie gehen der Untersuchung zufolge auch mit höheren Anforderungen und mehr Stress einher. Hinzu kommen der Zeit- und Leistungsdruck, Arbeitsverdichtung sowie schwer planbare Arbeitszeiten.

Umstrukturierungen führen zu Stress

So haben rund 60% der gut 2.000 befragten Betriebsräte angegeben, dass die von ihnen vertretenen Belegschaften massiv unter Zeitdruck und hoher Arbeitsintensität leiden. 44% berichten von einem hohem „Verantwortungsdruck“, von regelmäßigen störenden Unterbrechungen der Arbeit 27% und von mangelnder Planbarkeit der Arbeitszeiten 23%. In 77% der befragten Betriebe haben Termindruck und hohe Arbeitsintensität in der jüngeren Vergangenheit zu mehr gesundheitlichen Beschwerden bei Beschäftigten geführt, in jedem zweiten sei die Zahl der Überstunden gestiegen.

Die Ursachen angehen

Die Forscher des WSI empfehlen vor allem Programme zur betrieblichen Gesundheitsförderung, zum Eingliederungsmanagement nach längerer Krankheit oder Gefährdungsbeurteilungen, die sichtbar machen, welche Belastungen mit dem einzelnen Arbeitsplatz verbunden seien. Wichtig dabei sei es, dass die Instrumente passend ausgestaltet seien.

Irreführend seien Hochglanzbroschüren. Angegangen werden müssten die eigentlichen Ursachen der Überlastung. So seien u. a. bei Gefährdungsbeurteilungen auch die psychischen Belastungen mit einzubeziehen, was derzeit nur in einem Viertel der Betriebe erfolge. In den Mittelpunkt stellen die Wissenschaftler auch die Frage der Personalausstattung. In vielen Betrieben sei die Personalausstattung nach Einschätzung der Befragten zu gering. So sehen sich 74% der Betriebsräte mit dem Problem konfrontiert. Besonders drastisch sei dies in Erziehungs- und Gesundheitsberufen sowie im öffentlichen Dienstleistungssektor.

www.boeckler.de